

Dr. Laura Wiesböck
Rooseveltplatz 2
A-1090 Wien

T +43-1-4277-49228
F +43-1-4277-849228
laura.wiesboeck@univie.ac.at
<http://www.soz.univie.ac.at/laura-wiesboeck>

Festveranstaltung 130 Jahre Sozialdemokratie

Hainfeld, am 08.01.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es freut mich sehr, heute hier zu sein und am Geburtsort der österreichischen Sozialdemokratie einige Gedanken aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zur Lage der Demokratie in Österreich und Europa auszuführen.

Wie viele von Ihnen wissen, war das südliche Niederösterreich auch der Geburtsort der modernen österreichischen Sozialforschung. In Marienthal, nur ca. 70km von hier haben Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel Anfang der 30er Jahre eine Studie über Arbeitslosigkeit durchgeführt, die von ihrer methodischen Herangehensweise richtungsgebend war. Es ist also nicht nur für Ihre Profession eine geschichtsträchtige Region, sondern auch für meine.

Ich wurde heute eingeladen, um über die Zukunft der Demokratie zu sprechen. Ich hoffe, Sie verstehen, dass ich hier keine konkreten Prognosen aufstellen werde. Prophezeiungen sollte man nur mit aller Vorsicht aussprechen, denn die Zukunft kann schnell ein anderes Gesicht bekommen. Was ich stattdessen tun werde, ist fünf Entwicklungen aufzuzeigen, durch die Demokratie in Europa zusehends unter Druck gerät. Wie wir mit diesen Entwicklungen umgehen, wird mitentscheidend sein für die Zukunft der Demokratie.

Welche Entwicklungen sind gemeint?

- Die Kolonisierung des Staates durch unternehmerische Interessen
- Das Bedürfnis nach Eindeutigkeit und die Krise der Kritik
- Das wachsende Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Die fehlende Kompetenz im Umgang mit Medien und
- Mangelnde Zukunftsbilder

1. Kolonisierung des Staates durch unternehmerische Interessen

Heute agieren Politiker*innen verstärkt gemäß den Interessen wirtschaftlicher Eliten statt dem Gemeinwohl. Zentrale Institutionen des Wohlfahrtsstaates werden zerstört und das soziale Leben den Regeln des Marktes unterworfen. Parteien lassen sich Wahlkämpfe von privaten Unternehmer*innen und vermögenden Sympathisant*innen sponsern und nehmen im Gegenzug besondere Rücksicht auf deren Wünsche.

Das zeigt sich auch bei den Steuern. Eine kleine Tabaktrafik wird in Österreich fast genauso hoch besteuert wie ein milliardenschwerer Industriekonzern. Große und erfolgreiche US-Konzerne wie Google oder Amazon zahlen praktisch gar keine Steuern.

Wenn anonyme Kräfte wie der globale, neoliberale Kapitalismus die Demokratie aushöhlt, bleibt die Handlungsmacht der Bürger*innen auf der Strecke. Die Folgen sind wachsende soziale Ungleichheit, sowie Vertrauensverlust in repräsentative Demokratie, eine demokratische Ermüdung, ein Gefühl der Ohnmacht und Verdrossenheit. Solange Partikularinteressen wirtschaftlicher Eliten den Ton in der Politik angeben und zu Lasten großer Teile der Bevölkerung priorisieren, solange ist die Glaubwürdigkeit und Vorbildwirkung von Politiker*innen sowie das Vertrauen in demokratische Institutionen in Gefahr.

2. Das Bedürfnis nach Eindeutigkeit und die Krise der Kritik

Heute tritt zunehmend an Stelle von Konsens- und Kompromissbildung das Polarisieren, das durch den Populismus geschürte Zuspitzen unter Berufung auf den Volkswillen. Direktheit ist eine Norm, an der sich intellektuellenfeindliche Milieus orientieren. Wenn ein*e Politiker*in „Klartext redet“, also zugespitzt und provokativ verkürzt, wird das als mutig und stark angesehen. Das Analysieren von komplexen Zusammenhängen gilt hingegen als unentschlossenes Geschwafel. Der Wunsch nach übersichtlicher Einfachheit hängt mit einer Überforderung mit Ideen der Aufklärung und Selbstbestimmung zusammen und mitunter auch mit einem ermüdenden Überangebot an Daten und Informationen, die aus allen medialen Kanälen fluten. Die Reduktion von Komplexität dient dann zur Erholung der gestressten Wahrnehmung. Besonders auch Feindbilder und Verschwörungstheorien bedienen das Bedürfnis nach grober Vereinfachung.

Christian Weißgerber, ein junger Mann der als Jugendlicher sechs Jahre lang in der Neonazi-Szene in Thüringen aktiv war und seit seinem Ausstieg als Bildungsreferent arbeitet um andere vor Radikalisierung zu bewahren, hat das in einem Interview treffend zusammengefasst. Er sagt über seinen Übergang zu einer anderen Lebenswelt:

“Vor dem Ausstieg wusste man jeden morgen beim Aufstehen, wer die Bösen sind. Dann fehlt diese Klarheit. Bei vielen führt das zu Depressionen.”¹

¹ <https://derstandard.at/2000079529870/Der-Respekt-vor-dem-radikal-Boesen-faszinierte-mich>

Zu diesem Bedürfnis nach Eindeutigkeit kommt auch, dass Kritik zunehmend als persönlicher Angriff und feindliche Gesinnung gewertet wird. Heute driften Menschen immer mehr voneinander ab, einfach weil sie eine andere Weltsicht vertreten. Potenzielle Gegenargumente laufen Gefahr, als Teil eines Lügenkonstrukts gebrandmarkt zu werden. Damit werden kritischer Journalismus und politische Andersartigkeit nicht nur zu einem ideologischen Gegner, sondern zu einem Feind, dem man unterstellt, den eigenen Lebensstil zerstören zu wollen.

Eine wichtige Aufgabe von aufgeklärten Bürger*innen ist es daher, sich nicht zur Spielfigur populistischer Rhetorik zu machen. Denn unser politisches und gesellschaftliches System wird durch kritische Auseinandersetzung nicht gefährdet, sondern lebendig gehalten. Die Basis einer offenen und vielfältigen Demokratie ist Meinungsfreiheit. Das heißt, immer auch Meinungen zu tolerieren, denen man nicht zustimmen kann – sofern sie sich innerhalb der Menschenrechtskonvention befinden.

3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Wir müssen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Islamophobie als das verstehen, was es ist: ein Syndrom der Abwertung.

Denn die Forschung zeigt eindeutig: Die meisten Personen, die Verachtung für Menschen aus einer bestimmten Gruppe ausdrücken, sehen auch andere Gruppen als minderwertig an. Wer also frauenfeindlich ist, ist auch eher homophob. Jene Auffassungen über die Ungleichwertigkeit von „anderen“ kann verheerende Konsequenzen haben, etwa das Absprechen von Empathie, einem würdevollen Leben oder sozialer Absicherung, wie wir es aktuell im Bereich Arbeitslosigkeit und Migration beobachten können, bis hin zu Diskriminierung und Gewalt, in Form von „Hate Crimes“, wie wir es vor Kurzem in Bottrop bei einer rassistischen Amokfahrt erlebt haben wie auch in Wien Margareten, als eine Frau offenbar stellvertretend für alle Frauen mit einer Eisenstange lebensbedrohlich verletzt worden ist.

Die Grundlage der Demokratie, nämlich dass alle Menschen gleich viel wert sind, muss unbedingt verteidigt werden. Damit ist das, was Menschen heute verbindet oder trennt, nicht ihre Herkunft, ihr Alter oder ihr sozialer Status, sondern wie sie auf die Anfechtungen des wichtigsten demokratischen Standards reagieren.

4. Fehlende Kompetenz im Umgang mit Medien

Ja, es werden Lügen über soziale Medien verbreitet. Aber demokratiegefährdend sind nicht die Lügen selbst, sondern jene Personen, die diese unreflektiert übernehmen. Das Problem sind nicht „Fake News“ oder so genannte „alternative Fakten“, sondern die fehlende Kompetenz in deren Entlarvung. Diese gilt es zu forcieren. Aufgeklärte Bürger*innen müssen lernen, dass soziale Medien international agierende Unternehmen sind, auf deren Plattformen gezielt das Wissen, das Denken und das Empfinden eines großen Teils der Gesellschaft adressiert und mitgeformt wird. Sie müssen lernen, dass Social Media direkt an einen sehr impulsiven Teil unseres Hirns appelliert und deshalb Hass, rassistische Ansichten und öffentliche Bloßstellungen besonders gut befördert. Aufgeklärte Bürger*innen müssen lernen, was

ein Algorithmus ist, welche Daten über uns gesammelt werden, wie diese Daten verwendet werden, aber auch wie man Falschmeldungen erkennt und wie man Diskurse liest oder was ein Diskurs überhaupt ist. Davon sind wir weit entfernt.

5. Mangelnde Zukunftsbilder

Der Trend hin zum konservativ-autoritär orientierten Rollback ist auch deshalb so erfolgreich, weil damit allbekannte Bilder einhergehen, die subjektive Sicherheit schaffen. Es gibt eine Sehnsucht nach den „guten, alten Zeiten“, als Rollen klar verteilt waren und Machtwörter von autoritär höher gestellten Personen noch kritiklos erduldet worden sind. Was fehlt sind klare Visionen eines zukünftigen „Wir“ in einer komplexer und diverser werdenden Welt. Und das verunsichert. Auch 2015 war es nicht primär die Fluchtbewegung selbst, die Bürger*innen in Europa verunsichert hat. Es war insbesondere die Planlosigkeit der Politiker*innen, die Krise der europäischen Kooperation und die mangelnden Zukunftsbilder, die Angst gemacht haben. Damit ging zunehmend das Vertrauen in die Lösungs- und Entscheidungskompetenz der handelnden Regierungen verloren. Gesellschaftliche Zukunftsbilder im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, kann berechtigte Zukunftsängste auffangen.

Wir sehen also: zentrale Elemente der Demokratie sind in Gefahr. Die Repräsentation der Bürger*inneninteressen schwindet, Komplexität und Kritik wird entwertet, die Gleichwertigkeit der Menschen wird in Frage gestellt, der mündige Umgang mit Informationen ist bedroht und gemeinsame Zukunftsvisionen sind ungewiss. Die Parteien, die politischen Eliten und die Bürger*innengesellschaft müssen sich diesen Herausforderungen stellen. Scheitern sie, werden die politischen Erschütterungen zunehmen, die gesellschaftlichen Gräben tiefer und die sozialen Spannungen schärfer. Die Demokratie könnte Schaden nehmen. Das gilt es gemeinsam zu verhindern.